

Die Abrüstungsdebatte im Unterhaus

25. November 1927

Bei Einbringung seines Antrages zur Abrüstungsfrage erklärte Macdonald im Unterhaus, die einzige Aussicht auf eine Uebereinkunft bestehe darin, daß England und Amerika jeden Schritt tun, um die Gefahr eines Krieges zu vermeiden.

Chamberlain wies die Behauptung zurück, daß auf der Marine-Abrüstungs-Konferenz die britische Delegation einen militärischen Charakter gehabt habe. Chamberlain erklärte weiter, er müsse es ablehnen, eine Definition des Begriffs „Angriffskrieg“ zu geben, weil eine solche Definition nur eine Falle für die Unschuldigen und eine Warnungstafel für den Schuldigen darstelle. Ueberdies werde es dem Völkerbunde keine Schwierigkeiten bereiten, in einem Streite den Angreifer zu bezeichnen. Chamberlain behandelte dann die Gründe, die die britische Regierung verhielten, die Unterzeichnung der Fakultativklausel anzupfehlen. Dabei betonte Chamberlain, diese augenblickliche Haltung der britischen Regierung in dieser Frage müsse nicht notwendigerweise die Stellungnahme Englands für alle Zeiten sein. England habe in der Vergangenheit seinen Glauben an die Schiedsgerichtsbarkeit bewiesen. Es hoffe, dieses auch in Zukunft zu tun, auch wenn es nicht die Verpflichtung übernehmen könne, in allen Fällen ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen. England als Garant des Locarno-Paktes, das sei der britische Beitrag, und zwar ein riesengroßer Beitrag zum Sicherheitsgefühl, das die europäische Welt genießt.

Wenn Macdonald erklärt, England müsse noch weitergehen, dann wolle er ihn fragen, welche neuen Verpflichtungen Macdonald dann zu übernehmen bereit sei.

Für und wider Chamberlains Auffassung

25. November 1927

In einem Leitartikel unterzeichnen die „Times“ nachdrücklich den von der Regierung vertretenen Standpunkt. Sir Aukten Chamberlains Argumente seien überzeugend gewesen und er habe kaum je eine wirksamere Rede vor dem Unterhaus gehalten. Die Haltung der Regierung, die auf strikte Einhaltung übernommener Verpflichtungen hinauslaufe, stehe in angenehmem Gegensatz zu der Stellungnahme Lord Georges zu Krieg und Frieden, der rücksichtslos für eine Revision der Friedensverträge eintrete, in stürmischer Weise in schwerwiegende internationale Konflikte eingreife und dann die Regierung verantwortlich mache, daß Europa nicht vollständig in Frieden lebe. Die Stellung der konservativen Presse stimmt im wesentlichen mit diesem offiziellen Kommentar, der als eine Art Abschluß der Abrüstungsdebatte der letzten Monate anzusehen ist, mehr oder weniger überein.

Gefangenrevolte in einem kalifornischen Zuchthaus.

25. November 1927

Im Zuchthaus zu Folsom in Kalifornien kam es zu einer Zuchthausrevolte, die bisher in ihrer Art beispiellos dasteht. Augenblicklich werden 2000 Zuchthäuser durch 500 Mann regulärer Truppen mit Maschinengewehren und leichter Feldartillerie belagert. Man nimmt an, daß bisher neun Zuchthäuser und zwei Wärter getötet sind. 21 Zuchthäuser und vier Wärter wurden verwundet. Acht unbewaffnete Wärter wurden von den belagerten Zuchthäusern als Geiseln gehalten.

Die Revolte nahm folgenden Anfang: Am die Mittagszeit versammelten sich am Danktagstag, dem höchsten amerikanischen Feiertag, im großen Saal des sogenannten alten Zellenhauses, in dem nur Schwerverbrecher sitzen, ungefähr 1000 Gefangene, um einer Filmvorführung anlässlich des Feiertages beizuwohnen. Plötzlich ertönten an verschiedenen Stellen des Saales Pfeifensignale, denen tumultartige Szenen folgten. Die Verbrecher stürzten sich auf die im Saal anwesenden Wärter, die ohne Waffen waren, warfen sie zu Boden und entrißen ihnen die Schlüssel. Nun folgten ungläubliche Szenen. Weitere Gefangene schlossen sich den Aufreihern an, durchstießen mit wildem Lärm die Korridore, liefen die Treppen hinauf und bestreuten die übrigen Gefangenen, so daß sich die Zahl der Rebellen auf 2000 erhöhte. Ein Trupp stürzte sich auf einen Seitensaal, wo hinter verschlossenen Türen Waffen aufbewahrt wurden. Die Zuchthäuser ergriffen Revolver, Gewehre und Maschinengewehre, und andere Abteilungen eilten in das Büro des Gefängnisdirektors, um diesen gefangen zu sehen. Der Direktor hatte noch Zeit gehabt, um sich mit der Außenwelt in Verbindung zu setzen und Truppen anzufordern. Die Wärter eines anderen Zuchthausgebäudes, das aus der anderen Seite des Hofes liegt, ließen sie konnten gerade noch sämtliche Zellen ihres Gebäudes mit den 1800 Verbrechern, die darin untergebracht sind, abschließen und das Haupttor verbarrikadieren. Dann eröffneten sie vom Fenster aus das Feuer auf die im Hofe befindlichen meuternden Zuchthäuser. Diese verbarrikadierten sich daraufhin im alten Zellenhaus und gaben durch ein weißes Plakat bekannt, daß sie acht Wärter als Geiseln zurückbehalten hätten. Inzwischen rückten auf Lastautos Truppen mit Maschinengewehren an, während das Zuchthauspersonal mit den Gefangenen verhandelte, und es kam dann zu der regelrechten Belagerung durch die Truppen.

Mit Tanks und Flugzeugen gegen die Zuchthausrebellien.

Die von der Zuchthausdirektion in Folsom aufgeführten Truppen müssen mit Tanks und Flugzeugen

gegen die meuternden Gefängnisinsassen vorgehen, da die Meuterer eine freiwillige Kapitulation abgelehnt haben. Auf beiden Seiten sind Tote und Verwundete zu verzeichnen. Nachdem die Truppen das erste Mal zurückgeschlagen waren, gingen sie, als Flugzeuge neue Maschinengewehre gebracht hatten, zu einem zweiten Angriff vor, mußten sich jedoch zurückziehen, nachdem sie Tränenbomben ins Zuchthaus geworfen hatten. Die Truppen erwarten weitere Verstärkungen, um zu einem neuen Angriff zu schreiten.

Die Abstimmung im Unterhaus.

Das Unterhaus hat gestern die Entscheidung der Arbeiterpartei, die die Richtlinien der Regierung in Fragen der Abrüstung und des allgemeinen Friedens bemängelte, mit 316 gegen 105 Stimmen abgelehnt. Die konservative Gegenentscheidung wurde mit 286 gegen 66 Stimmen angenommen.

In der Debatte ergriff nach Lord George der erste Lord der Admiralität Bridgeman das Wort. Er setzte erneut auseinander, daß die Flottenabrüstungskonferenz in Genf nicht an der Frage der Geschützstärke, sondern an der Tonnage gescheitert sei. Niemand habe den ausgezeichneten wirtschaftlichen und sehr weitgehenden britischen Plan angegriffen. Das in Washington festgelegte unglücklich hohe Maximum für Kreuzer sei zum Standard in anderen Ländern geworden, dem Großbritannien jetzt folgen müsse. Er habe in Genf daher die Herabsetzung sowohl der großen als auch der Ausrüstung von Schiffsbooten und Kreuzern und die Abschaffung von Unterseebooten vorgeschlagen. Weiter betonte Bridgeman nachdrücklich, daß die Konferenz die englisch-amerikanischen Beziehungen nicht ungünstig beeinflusst habe. Die Genfer Konferenz habe gelehrt, daß vor einer Konferenz der Boden vorbereitet werden müsse. In der Zwischenzeit sei es wichtiger, jede Spannung in den Beziehungen der Mächte zu vermeiden als eine Formel für die technische Flottenverminderung zu finden. Großbritannien habe im Jahre 1914 vor Ausbruch des Krieges 704 Kriegsschiffe der verschiedenen Gattungen mit einer Tonnage von 2 695 000 Tonnen besessen, Ende des Krieges 1327 Schiffe mit einer Tonnage von 3 294 000 Tonnen. Heute besitze es 395 Schiffe mit 1 444 000 Tonnen.

gegen die meuternden Gefängnisinsassen vorgehen, da die Meuterer eine freiwillige Kapitulation abgelehnt haben. Auf beiden Seiten sind Tote und Verwundete zu verzeichnen. Nachdem die Truppen das erste Mal zurückgeschlagen waren, gingen sie, als Flugzeuge neue Maschinengewehre gebracht hatten, zu einem zweiten Angriff vor, mußten sich jedoch zurückziehen, nachdem sie Tränenbomben ins Zuchthaus geworfen hatten. Die Truppen erwarten weitere Verstärkungen, um zu einem neuen Angriff zu schreiten.

Hymans über Belgiens Politik.

25. November 1927

„Petit Parisien“ veröffentlicht eine Unterredung eines Brüsseler Berichterstatters mit dem neuen belgischen Außenminister Hymans über die Frage der Militärdienstzeit und Belgiens künftige Außenpolitik. Die Kabinettskrisis, so meinte Hymans u. a. sei darauf zurückzuführen, daß die sozialdemokratische Partei sich auf die Forderung einer sechsmonatigen Dienstzeit festgelegt habe, die dann als Grundlage für eine Reorganisation des Heeres hätte dienen sollen. Die neue Regierung sei aber der Auffassung, daß die Frage der Militärdienstzeit nur gleichzeitig mit der Heeresreform zu lösen sei. Belgien bleibe auch weiterhin in der ergebnis- und freudigen Mitarbeit an der Befriedung und Stabilisierung Europas unter der Regide des Völkerbundes und der Verträge von Locarno. Die Möglichkeit eines Krieges bleibe aber vorläufig noch bestehen, so daß Belgien bereit sein müsse.

Ueber die auswärtige Politik erklärte der Minister, die neue Regierung werde die engen Beziehungen zu den früheren Kriegesalliierten aufrecht erhalten. Sie werde sich ferner bemühen, Belgiens Handel und Verkehr zu fördern. Wenn die französisch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen nicht zum Ziele führen sollten, so würde dies gleichermaßen politische und wirtschaftliche Rückwirkungen zur Folge haben. Zum Schluß betonte Hymans seine Anhänglichkeit an den Völkerbund, wobei er hervorhob, daß dessen Autorität nur in einer Atmosphäre des Vertrauens zunehmen könne. Dies sehe aber bei jeder Nation eine Evolution der Geister voraus, die sich nur schrittweise vollziehen könne.

Italienisch-albanischer Verteidigungskrieg.

Die Agencia Stefani teilt mit, daß am 22. November in Tirana das Verteidigungsbündnis zwischen Italien und Albanien unterzeichnet worden ist. Der Vertrag wird beim Völkerbund registriert werden.

Nach italienischer Quelle hat der Vertrag als einziger Zweck die Stabilisierung der zwischen den beiden Staaten bestehenden natürlichen Beziehungen bezweckt. Beide Parteien sollen die Interessen und den Vorteil der anderen Partei mit dem gleichen Eifer wahrnehmen, wie ihre eigenen. Es wird „ein unwandelbares Verteidigungsbündnis“ auf zwanzig Jahre abgeschlossen, das ohne Kündigung stillschweigend für weitere zwanzig Jahre erneuert wird. Das Bündnis verpflichtet zur gegenseitigen Verteidigung gegen jeden Angriff und im Falle eines nicht provozierten Krieges zur Anwendung aller zu Gebote stehenden Mittel für die Verhinderung der Feindseligkeiten und die Erlangung einer gerechten Genugtuung der bedrohten Partei. Nach Scheitern aller Schlichtungsversuche müssen dem Verbündeten alle militärischen, finanziellen und sonstigen Mittel zur Ueberwindung des Konfliktes zur Verfügung gestellt werden. Beide Parteien dürfen nur gemeinsam Frieden oder Waffenstillstand schließen und entsprechende Verhandlungen aufnehmen.

In Belgrad wird der neue Verteidigungsvertrag zwischen Italien und Albanien als eine Reaktion des französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrags angesehen. Man ist in politischen Kreisen der Ueberzeugung, daß dieser Vertrag eine neue Situation am Balkan schaffen wird und ein Abkommen zwischen Italien und Jugoslawien vollkommen ausschließt.

Der bulgarisch-rumänische Konflikt.

Sofia, 25. Nov. Nach einer Meldung der „Slobodna Rossa“ hat die bulgarische Regierung ihren Gesandten in Bukarest beauftragt, die rumänische Regierung um Aufklärung über die blutigen Zwischenfälle in der Norddobrubtscha zu ersuchen. Die rumänische Regierung wird zugleich ersucht, Maßnahmen zu ergreifen, um eine Wiederholung solcher Vorkommnisse zu verhindern. Die rumänische Antwort dürfte erst nach der Rückkehr der in die Dobrubtscha entsandten Untersuchungskommission erteilt werden.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 24. November.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 14 Uhr. In allen drei Lesungen wird der Gesetzentwurf zur Aenderung des Telegraphengesetzes angenommen. Der Entwurf bezieht, das Funkwesen in das deutsche Telegraphenrecht hineinzuarbeiten.

Es folgt der Entwurf eines deutschen Auslieferungsgesetzes. Danach kann ein Ausländer, der von der Behörde eines ausländischen Staates wegen einer strafbaren Handlung verfolgt wird oder verurteilt worden ist, der Regierung dieses Staates auf Ersuchen einer zuständigen Behörde zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung ausgeliefert werden. Die Auslieferung ist nur wegen einer Tat zulässig, die nach deutschem Recht ein Verbrechen oder Vergehen ist. Sie ist nicht zulässig, wenn die Tat nur mit einer Vermögensstrafe geahndet wird, die nicht in eine Freiheitsstrafe umgewandelt werden kann, oder wenn es sich um eine politische Tat handelt.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erklärt, der Entwurf sei an und für sich begrüßenswert, müsse aber noch verbessert werden.

Abg. Dr. von Freitag-Loringhoven (Dntf.) hält eine genauere Durcharfung des Entwurfs im Rechtsausschuß für notwendig. Ein ausgezeichnetes Material dafür seien die Verhandlungen der drei skandinavischen Staaten.

Rechtsjustizminister Hergt hebt die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung des Auslieferungswesens hervor. Die Regierung sei gern bereit, im Rechtsausschuß näher auf die Einzelheiten der Vorlage einzugehen. Auslieferungsvorträge von deutschen Einzelstaaten seien nur noch mit Frankreich vorhanden. Diese Verträge müßten nun durch den Abschluß von Reichsverträgen dem neuen Recht angepaßt werden. Hier sei der Boden geschaffen für ein internationales Zusammenarbeiten zum Schutze der gemeinsamen Rechtsgüter der Nationen.

Abg. Stöcker (Komm.) erinnert an die Zeiten, als Marx, Engels und Lenin in England und in der Schweiz ein Asyl fanden. Heutzutage würden sie keine drei Tage dort geduldet werden. (Zuruf: Marx und Engels in Rußland auch nicht.)

Die Vorlage geht an den Rechtsausschuß. Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes über den Reichswirtschaftsrat.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius erklärt, die Reichsregierung lege den größten Wert auf das Bestehen eines arbeitsfähigen Reichswirtschaftsrates. Eine Reform des vorläufigen Reichswirtschaftsrates sei unumgänglich notwendig gewesen. Die Kritik an seinen Arbeiten sei allerdings vielfach unberechtigt gewesen, weil seine Tätigkeit sich hauptsächlich in den Ausschüssen vollzogen hat. Bei dem bisherigen System waren zwei Drittel der Mitglieder des Reichswirtschaftsrates von der praktischen Mitarbeit ausgeschlossen. Der endgültige Reichswirtschaftsrat soll den Charakter einer Gutachterkörperschaft beibehalten. Auch das volle Initiativrecht wird ihm gewährt. Eine engere Verbindung zwischen Reichswirtschaftsrat und den gesetzgebenden Körperschaften soll hergestellt werden. Eine Verkleinerung der Mitgliederzahl war notwendig. Sie ist von allen Kreisen der Wirtschaft gefordert worden. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Vorlage bald verabschiedet werden möge.

Abg. Roenen (Komm.) erklärt, die jetzige Vorlage sei ein Wechselbalg, den die Regierung zurückziehen solle.

Die Vorlage geht an den volkswirtschaftlichen Ausschuß. Das Haus vertagt sich auf Freitag, 13 Uhr. Haushaltsrechnung für 1928, Krankenversicherung der Seeleute.